

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

17 (11.2.1947)



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

2. Jahrgang / Nummer 17 • Karlsruhe, Dienstag, 11. Februar 1947

Um Österreichs Anerkennung

Zurückziehung der Besatzung 90 Tage nach Vertragsabschluss — Oesterreich gilt als „befreites Land“

London, 10. Febr. (dena) Die für Oesterreich zuständigen Stellvertreter der Außenminister erzielten eine grundsätzliche Einigung über den Entwurf einer Klausel des österreichischen Vertrags, welche die Zurückziehung der Alliierten aus Oesterreich innerhalb von 90 Tagen nach Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages sowie die Beendigung der alliierten Kontrolle über Oesterreich vorsieht.

weist hierbei auf Berichte der Nazipresse über besondere Polizeimaßnahmen in Oesterreich und auf Nachrichten der alliierten und neutralen Presse über eine Widerstandsbewegung in Tirol hin, die von dem jetzigen österreichischen Außenminister Dr. Karl Gruber geleitet wurde.

Es sei bekannt, daß allein in Wien 8000 Personen aus politischen Gründen abgeurteilt worden seien. 36 000 Oesterreicher seien politische Gefangene Deutschlands gewesen. Mindestens 10 000 österreichische Freiwillige hätten auf Seiten der alliierten Armeen gekämpft.

auf „285 Milliarden Rubel zum Kurse des Jahres 1941“. Das würden etwa 57 000 000 000 Dollar sein.

„An erster Stelle muß interalliierte Kontrolle der 4 Mächte hinsichtlich der Industrie des Ruhrgebietes geschaffen werden, die das Arsenal des deutschen Militarismus ist. Deutschland muß ein einzelner demokratischer Staat mit selbstregierenden Ländern sein. Die Bildung eines solchen Staates muß die Durchführung der vollständigen Demokratisierung und Entnazifizierung Deutschlands vorausgehen.“

Kleine Alliierte sollen gehört werden
London, 10. Febr. (dena-OANS) Der US-Delegierte Robert D. Murphy übermittelte am 7. Febr. dem Sonderbeauftragten der Außenminister einen Plan, nach dem 18 kleineren alliierten Staaten das Recht zur vollen Teilnahme bei der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages gewährt werden soll.

Die in diesem Plan vorgeschlagenen Länder sind Australien, Belgien, Brasilien, Weißrußland, Kanada, China, die Tschechoslowakei, Dänemark, Griechenland, Indien, Luxemburg, Holland, Neuseeland, Norwegen, Polen, die Südafrikanische Union, die Ukraine und Jugoslawien.

Die in dem amerik. Plan geforderten Ausschüsse und Kommissionen sollen sich mit dem Gebietsansprüchen der Alliierten an Deutschland, der politischen und verfassungsmäßigen Struktur Deutschlands, der wirtschaftlichen Organisation, den Reparationen, der Abrüstung und Entmilitarisierung sowie der militärischen Besetzung Deutschlands befassen. Ferner sollen nach dem Plan die Stellvertreter der Außenminister zuständige deutsche Politiker und Fachleute zur Darlegung ihrer Ansichten auffordern.

Weißrussisches Memorandum über Deutschland
In dem Memorandum werden Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von 1 1/2 Milliarden Dollar gefordert. Deutschland müsse auf die Dauer von mindestens 40 Jahren entmilitarisiert werden. Jede Art militärischer Tätigkeit und Propaganda solle gesetzlich verboten werden. Das Ruhrgebiet müsse eine Sonderverwaltung erhalten und der Kontrolle der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs unterstellt werden. Die Verwaltung aller größeren Industrie-, Transport-, Handels- und Bankinstitutionen müsse in der Hand demokratischer Organe des Staates vereinigt werden.

Weißrußland trete für die Schaffung eines geeinten Deutschlands ein, in dem die Regierungen der deutschen Länder und Provinzen weitgehend demokratische Rechte erhalten sollten. Nur eine strenge Kontrolle durch die vier alliierten Großmächte biete eine wirkliche Garantie gegen die Gefahr des Wiederauflebens aggressiver Kräfte in Deutschland.

Ukrainische Forderungen
Das Memorandum schätzt die während des Krieges in der von den Nazis verwüsteten Ukraine verursachten materiellen Verluste

am gleichen Tag in Paris unterzeichneten Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland Stellung. Im Leitartikel der „Times“ wird betont, daß die Friedensverträge zwar nicht „vollkommen“ seien, daß sie jedoch eine gesunde Basis hätten. Man könne nur hoffen, daß zwischen Italien und Jugoslawien die Vernunft siegen werde.

Zu den Friedensverträgen

Unterzeichnung mit Balkanstaaten und Italien — „Eine gesunde Basis“

Paris, 10. Febr. (dena-Reuter) Der italienische Delegierte Lupi di Soragna leistete am Montag um 11.35 Uhr die Unterschrift unter dem Friedensvertrag für Italien. Der italienische Vertrag wurde auch von dem jugoslawischen Außenminister Stanoj Simitsch unterzeichnet.

Italien demonstriert gegen Friedensvertrag
Rom, 10. Febr. (dena-Reuter) In ganz Italien wurde am 10. d. Mts. zwischen 11.00 und 11.10 Uhr als Protestdemonstration gegen die Bedingungen des italienischen Friedensvertrages die Arbeit eingestellt.

Balkanstaaten unterzeichneten
Paris, 10. Febr. (dena-Reuter) Der Friedensvertrag mit Bulgarien wurde hier am Montag nachmittags um 16.35 Uhr, im französischen Außenministerium von der bulgarischen Delegation unterzeichnet.

Die Unterzeichnung des ungarischen Friedensvertrages begann um 17.32 Uhr. Zwölf Nationen unterschrieben den Vertrag, während China, Frankreich, Belgien, Brasilien, Griechenland, die Niederlande und Polen nicht unterzeichneten.

Paris, 10. Febr. (ap) Der rumänische Außenminister Tatarescu und andere Mitglieder der rumänischen Delegation unterzeichneten am Montag den rumänischen Friedensvertrag.

Griechische Protestnote
Paris, 10. Febr. (dena-Reuter) Eine griechische Protestnote im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten wurde am Montagmorgen dem französischen Außenministerium zur gleichen Zeit übermittelte, als die Unterzeichnungszereimonie begann.

Britische Presse zur Unterzeichnung
London, 10. Febr. (dena-Reuter) Die britische Presse nimmt in ihren Montagausgaben zu den

am gleichen Tag in Paris unterzeichneten Friedensverträgen mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland Stellung. Im Leitartikel der „Times“ wird betont, daß die Friedensverträge zwar nicht „vollkommen“ seien, daß sie jedoch eine gesunde Basis hätten. Man könne nur hoffen, daß zwischen Italien und Jugoslawien die Vernunft siegen werde.

Die Unterzeichnung des ungarischen Friedensvertrages begann um 17.32 Uhr. Zwölf Nationen unterschrieben den Vertrag, während China, Frankreich, Belgien, Brasilien, Griechenland, die Niederlande und Polen nicht unterzeichneten.

Paris, 10. Febr. (ap) Der rumänische Außenminister Tatarescu und andere Mitglieder der rumänischen Delegation unterzeichneten am Montag den rumänischen Friedensvertrag.

Eine griechische Protestnote im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten wurde am Montagmorgen dem französischen Außenministerium zur gleichen Zeit übermittelte, als die Unterzeichnungszereimonie begann.

Die britische Presse nimmt in ihren Montagausgaben zu den

am gleichen Tag in Paris unterzeichneten Friedensverträgen mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland Stellung. Im Leitartikel der „Times“ wird betont, daß die Friedensverträge zwar nicht „vollkommen“ seien, daß sie jedoch eine gesunde Basis hätten. Man könne nur hoffen, daß zwischen Italien und Jugoslawien die Vernunft siegen werde.

Die Unterzeichnung des ungarischen Friedensvertrages begann um 17.32 Uhr. Zwölf Nationen unterschrieben den Vertrag, während China, Frankreich, Belgien, Brasilien, Griechenland, die Niederlande und Polen nicht unterzeichneten.

Paris, 10. Febr. (ap) Der rumänische Außenminister Tatarescu und andere Mitglieder der rumänischen Delegation unterzeichneten am Montag den rumänischen Friedensvertrag.

Eine griechische Protestnote im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten wurde am Montagmorgen dem französischen Außenministerium zur gleichen Zeit übermittelte, als die Unterzeichnungszereimonie begann.

Die britische Presse nimmt in ihren Montagausgaben zu den

am gleichen Tag in Paris unterzeichneten Friedensverträgen mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland Stellung. Im Leitartikel der „Times“ wird betont, daß die Friedensverträge zwar nicht „vollkommen“ seien, daß sie jedoch eine gesunde Basis hätten. Man könne nur hoffen, daß zwischen Italien und Jugoslawien die Vernunft siegen werde.

Die Unterzeichnung des ungarischen Friedensvertrages begann um 17.32 Uhr. Zwölf Nationen unterschrieben den Vertrag, während China, Frankreich, Belgien, Brasilien, Griechenland, die Niederlande und Polen nicht unterzeichneten.

Paris, 10. Febr. (ap) Der rumänische Außenminister Tatarescu und andere Mitglieder der rumänischen Delegation unterzeichneten am Montag den rumänischen Friedensvertrag.

Eine griechische Protestnote im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten wurde am Montagmorgen dem französischen Außenministerium zur gleichen Zeit übermittelte, als die Unterzeichnungszereimonie begann.

Die britische Presse nimmt in ihren Montagausgaben zu den

am gleichen Tag in Paris unterzeichneten Friedensverträgen mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland Stellung. Im Leitartikel der „Times“ wird betont, daß die Friedensverträge zwar nicht „vollkommen“ seien, daß sie jedoch eine gesunde Basis hätten. Man könne nur hoffen, daß zwischen Italien und Jugoslawien die Vernunft siegen werde.

Die Unterzeichnung des ungarischen Friedensvertrages begann um 17.32 Uhr. Zwölf Nationen unterschrieben den Vertrag, während China, Frankreich, Belgien, Brasilien, Griechenland, die Niederlande und Polen nicht unterzeichneten.

Paris, 10. Febr. (ap) Der rumänische Außenminister Tatarescu und andere Mitglieder der rumänischen Delegation unterzeichneten am Montag den rumänischen Friedensvertrag.

Eine griechische Protestnote im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten wurde am Montagmorgen dem französischen Außenministerium zur gleichen Zeit übermittelte, als die Unterzeichnungszereimonie begann.

Die britische Presse nimmt in ihren Montagausgaben zu den

Keine Abrüstung vor den Friedensschlüssen

Washington, 10. Febr. (dena-Reuter) Der Außenminister des USA, Georges C. Marshall, erklärte am 7. Februar, daß man mit dem Abschluß eines internationalen Abrüstungsabkommens bis nach dem Abschluß der Friedensregelung in Europa und im Fernen Osten warten sollte. Ein Abkommen über die internationale Kontrolle der Atomenergie sei von „hervorragender Bedeutung“.

Die USA würden eine einseitige Abrüstung oder irgendeine Herabsetzung ihrer militärischen Stärke nicht in Angriff nehmen, bevor nicht ein regelrechtes System kollektiver Sicherheit geschaffen sei.

US-Botschafter aus Warschau zurückberufen

Warschau, 10. Febr. (dena-Reuter) Der US-Botschafter in Warschau, Arthur Bliss Lane, ist am 8. d. Mts. zu Besprechungen über die zukünftige Politik der USA gegenüber Polen nach Washington zurückberufen worden.

Sowjetunion antwortet nicht

Washington, 10. Febr. (dena) Die Sowjetunion hat bisher auf drei amerikanische Auforderungen zur Regelung der lend-lease-Güter nicht geantwortet.

Zwei Noten seien wegen dieser Angelegenheit bereits an die sowjetische Regierung gerichtet worden. Ferner habe sich der amerikanische Botschafter in Moskau, Walter Bedell-Smith, mit einer entsprechenden Aufforderung an das sowjetische Außenministerium gewandt.

Außerdem wurde in einer anderen Note die Sowjetunion aufgefordert, 35 Handelsschiffe, die ihr im Krieg von den USA zur Verfügung gestellt worden seien, zurückzugeben, falls die Sowjetunion sie nicht käuflich erwerben wolle.

Sowjetkritik an „Vereinigtem Europa“

London, 10. Febr. (dena-Reuter) Die Bildung eines Komitees unter Leitung Winston Churchills zur Förderung eines „Vereinigten Europas“ war am 23. v. Mts. Gegenstand einer scharfen Kritik des Moskauer Rundfunks.

„Wir sehen jetzt, daß alle frommen Reden über das Christentum nur dazu dienen, unter diesem Deckmantel in Europa festen Fuß zu fassen und den Himmel auf Erden zu schaffen, der zur Zeit, sagen wir in Indien, Südafrika, Burma und anderen Ländern des britischen Commonwealth herrscht.“

„L'Humanité“: Kein anglo-französisches Bündnis vor Moskau

Paris, 10. Febr. (dena-Reuter) „L'Humanité“, das Organ der französischen Kommunisten, vertrat am 8. Febr. die Auffassung, daß Frankreich keinen Bündnisvertrag mit Großbritannien vor Beginn der Moskauer Konferenz eingehen sollte.

„Das entscheidendste und lebenswichtigste Problem für Frankreich ist, wie es bei den kommenden Moskauer Beratungen seinen gerechten Anteil an Reparationen erhalten wird. Ueber allem steht dabei die Frage der Kohlenzuteilung von der Ruhr.“

Brit. Industrie größtenteils lahmgelegt

London, 10. Febr. (dena-INS) Der größte Teil der britischen Industrie wurde am Montag, als die drastischen Strombeschränkungsmaßnahmen der britischen Regierung wirksam wurden, stillgelegt.

Dank an die amerikanische Regierung

München, 10. Febr. (dena) „Wenn uns nun die totale Niederlage vor die Aufgabe des Neubaues des deutschen Hauses gestellt hat, so wollen wir dafür sorgen, daß sein Dach alle Stämme und Länder schirmt, daß aber jedes Land so darin hausen kann, wie es seiner Eigenart, seiner Geschichte und seinen Wünschen entspricht“, sagte der bayer. Ministerpräsident Dr. Hans Ehard zu den politischen Gegenwartsproblemen Bayerns und Deutschlands.

Wenn heute die Verhältnisse in der amerik. Zone besser seien, als in den drei anderen Besatzungsgebieten, so sei dies dem Umstand zu verdanken, „daß die amerikanische Politik uns von Anfang an eine größere Freiheit der Selbstverwaltung zugestanden hat.“

Zur Waffenamnestie

Berlin, 10. Febr. (dena) Der amerik. Militärregierung sind Berichte zugegangen, wonach Deutsche unter den Bestimmungen der gegenwärtigen Waffenamnestie zögern, ihre Waffen abzuliefern, weil Gerüchte im Gange sind, die besagen, daß sich Personen nach Beendigung der Abgabepflicht vor einem amerik. Militärgericht zu verantworten haben. Solche Gerüchte sind unbegründet. Keine Person, die während der festgesetzten Abgabepflicht vom 1. bis 10. Februar Waffen abgibt, wird sich jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt wegen verbotenen Waffenbesitzes zu verantworten haben.

„Saar befürwortet wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich“

Paris, 10. Febr. (dena-INS) Der Vorsitzende der Christlichen Volkspartei im Saargebiet, Hoffmann, der der Abordnung angehört, die in den letzten Tagen von Außenminister Bidault und dem Leiter der französischen Kommunisten Maurice Thorez empfangen wurde, erklärte, daß die Bevölkerung des Saargebietes fast einstimmig eine wirtschaftliche Angliederung der Saar an Frankreich befürwortet.

Frankreichs Arbeitermangel

Paris, 10. Febr. (dena-INS) 53 000 deutsche Kriegsgefangene arbeiten in den verschiedenen Kohlengruben Frankreichs. Ihr hauptsächlichstes Gesprächsthema ist die „Entlassung“.

In der französischen Zeitung „Soir“ wird berichtet, daß die französische Regierung sich

Funkmeldungen: Aus aller Welt

Paris, Vertreter der Zivilbehörden des Saargebietes, die sich gegenwärtig in Paris aufhalten, um Verbindung mit französischen politischen Kreisen aufzunehmen, wurden am 7. Febr. von franz. Außenminister Georges Bidault empfangen. (dena-INS)

Paris, Mrs. Eleanor Roosevelt hat im Namen des verstorbenen Präsidenten die nachträgliche Verleihung der Medaille Militaire, der höchsten französischen Auszeichnung, angenommen.

Gleichzeitig teilte Generalissimus Chiang Kai-Shek der französischen Regierung mit, daß auch er diesen Orden annehmen wolle. Winston Churchill hat die Medaille Militaire schon früher erhalten. (ap)

Letzte Neuigkeiten

Stalin erhielt 100 Prozent Stimmen
London, 11. Febr. (dena-Reuter) Generalissimus Stalin hat bei den Wahlen für den Obersten Sowjet der russischen Föderativen Sowjetrepublik in seinem Moskauer Wahlkreis 100 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.

Kein Anschluß an internat. Kartelle
Berlin, 11. Febr. (dena) Der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, beabsichtigt die Beseitigung aller deutschen Kartelle und Trusts. Kein deutscher Betrieb wird mehr als 10 000 Arbeiter beschäftigen können. Diese Maßnahme wird grundlegende Änderungen in den großen Betrieben von IG Farben-Krupp und anderen herbeiführen. Die Anordnungen General Clays werden sich auch auf den internationalen Verkehr erstrecken. Keinem deutschen Betrieb wird es gestattet sein, sich internationalen Kartellen oder Trusts anzuschließen. Diese Maßnahme werde jedoch die deutsche Eisenbahn und Post nicht berühren.

Haftenlassung Fritches beantragt
Nürnberg, 11. Febr. (dena) Der Verteidiger Hans Fritsche, Rechtsanwalt Dr. Alfred Schill, stellte am Freitag beim Kassationshof des bayerischen Staatsministeriums für Sonderaufgaben nach Artikel 52 des Befreiungsgesetzes einen Antrag auf Kassation des von der Spruchkammer I Nürnberg am 4. Februar gegen den Betroffenen erlassenen Haftbefehls.

Fritz Thyssen nicht entlassen
Nürnberg, 11. Febr. (dena) Ein Vertreter der amerikanischen Anklagevertretung im Nürnberger Justizpalast dementierte am Montagmorgen gegenüber einem Dena-Vertreter Pressemeldungen, nach denen der bekannte Industrielle Fritz Thyssen, der als Zeuge des deutschen Nazi-Industriellen auftreten soll, aus der Haft entlassen wurde.

Faschingsverbot
Stuttgart, 11. Febr. (dena) Das württembergisch-badische Innenministerium hat sämtliche Faschingsveranstaltungen und Tanzveranstaltungen verboten.

KURZ BELEUCHTET

Die 6. Klausel der Prämisse zum Staatsvertrag mit Oesterreich, die in London zur Debatte stand und in der Oesterreich als „befreites Land“ bezeichnet ist, wird in dieser Formulierung als Vorschlag dem Rat der Außenminister vorgelegt werden. Ein großer Erfolg für den österreichischen Außenminister Herr Gruber ist seinen Weg aus dem Versteck in den Bergen als Chef der österreichischen Widerstandsbewegung bis in das Konferenzzimmer mit Folgerichtigkeit und Entschlossenheit gegangen. Mancher Deutsche, den mit Oesterreich nicht nur Erinnerungen kurzer Sommerreisen, sondern freundschaftliche Bande verbinden, wird abschreckend oder gar empört lesen, daß Oesterreich von den Alliierten „befreit“, nicht erobert worden sei. Nun, Herr Gruber ist Realpolitiker; und in der Politik geht es um sehr wirkliche und greifbare Dinge wie: Kohlen, Devisen, Butter, Erdöl u. a. Je stärker Herr Gruber den Gegensatz zu Deutschland betont, desto mehr spielte er der Politik Amerikas und Englands in die Hand, desto eher mußte Oesterreich aus der immerhin recht mißlichen Lage eines „Mitgefängenen“ herauskommen. Der Erfolg gibt ihm Recht, und daß dieser Erfolg einigen Millionen Oesterreichern zugute kommt, könnte auch einem über die Nomenklatur der Prämisse Mißgefallen die Bereitschaft zu Verständnis und Konzessionen auch in dem Friedensvertrag für das neue, demokratische Deutschland ihren Niederschlag finden würde.

Um Kohle und Bergbau

bereits seit langem mit Plänen beschäftigte, die durch die Entfernung so vieler Arbeiter entstehende Krise zu beheben.

Die einzige Lösung sei, so schreibt „Soir“, den Kriegsgefangenen, die in Frankreich bleiben wollen, den Status und alle Vorteile eines freien Arbeiters zu geben. Ein solcher Plan werde gegenwärtig vom französischen Arbeitsministerium überprüft.

Zuständigkeit für Kohlenzuteilung

Stuttgart, 10. Febr. Am 31. Jan. hat die amerikanische Militärregierung die Bitte der US-Zone um tägliche Mindestanlieferung von 5000 Tonnen Kohle dahin beantwortet, daß vom 1. Jan. 1947 ab der Verwaltungsrat für Wirtschaft in Minden für die Verteilung aller Kohlenvorräte auf das gesamte Gebiet der zwei Zonen zuständig ist, mit Ausnahme der für militärische Zwecke benötigten Kohle.



Deutschland, das in die Prämisse des österreichischen Staatsvertrages eingetragene war, war bei der Sitzung der Oesterreich zuständigen Stellvertreter der Außenminister am 7. Februar der wichtigste Punkt. Die Stellvertreter kamen jedoch überein, daß sich die vier Großmächte in der Prämisse für eine Kandidatur Oesterreichs bei den UN einsetzen sollen.

In einer Diskussion über die 6. Klausel der Prämisse, in der Oesterreich als „befreites Land“ bezeichnet werden soll, einigte sich die Konferenz dahingehend, diese Formulierung als französisches, amerikanisches und britisches Vorschlag dem Rat der Außenminister vorzulegen.

Oesterreichs Rechenschaftsbericht
Ein der Konferenz übermitteltes Memorandum Oesterreichs enthält eine Rechenschaft über das Vorgehen der Oesterreicher für und gegen Hitler während der Zeit der Besetzung ihres Landes durch die Nazis.

Die Oesterreicher seien wie alle deutschsprechenden Bewohner der von den Nazis besetzten Gebieten zu Militärdiensten und zum Arbeitsdienst einberufen worden. Es habe jedoch während des ganzen Krieges keine selbständigen österreichischen Militäreinheiten gegeben. Es habe nur zwei österreichische Generale gegeben, die auf die militärischen Operationen einen leitenden Einfluß gehabt hätten.

In der österreichischen Industrie seien in hohem Maße ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene eingesetzt worden, während österreichische Arbeiter in Industriebetrieben des Reiches beschäftigt worden seien, wegen dem geringen Verdienste der Nazis in die österreichische Bevölkerung.

Es habe keine anerkannte österreichische Exilregierung gegeben. Die Gestapo habe nicht, wie in anderen besetzten Ländern mit der Schwere der Sprachunterschiede zu kämpfen gehabt. Im Verlauf des Krieges habe die Widerstandsbewegung aktivere Formen angenommen. Das Memorandum

heim und Oberhausen wurde in Bittgottesdiensten am 9. Februar um Hilfe in der gegenwärtigen großen Not gebetet. In einer gemeinsamen Erklärung der Arbeitsgemeinschaften aller Kirchen wurde im Rahmen dieser Bittgottesdienste eine Erklärung verlesen, die darauf hinweist, daß in den Städten des Ruhrgebietes ungezählte Menschen ohne genügende Ernährung, Kleidung, Heizung und Wohnung, vielfach krank und hoffnungslos nur noch vegetieren können.

Mit dem Anruf „Laßt uns nicht versinken“, wendet sich die Kanzlerklärung an die Militärregierung, die für ausreichende Lebensbedingungen und ein gesundes, politisches, wirtschaftliches, rechtliches und kulturelles Leben sorgen möge.

Die deutsche Notlage

Im Kampf mit Hunger und Kälte — Beschleunigte Kohlenbeschaffung

Stuttgart, 10. Febr. In der Sitzung am 7. Febr. des württembergisch-badischen Landtages wurde ein Gesetzentwurf über die amtliche Verwertung von Testamenten verabschiedet. Die Abgeordneten sämtlicher Fraktionen nahmen zwei Anträge des sozialpolitischen Untersuchungsausschusses an, und zwar

1. den am 4. Sept. 1946 beschlossenen Entwurf eines Durchführungsgesetzes zum Betriebsratsgesetz zu überprüfen und

2. das Staatsministerium um eine Neugestaltung dieses Durchführungsgesetzes zu ersuchen.

Ein weiterer Antrag des sozialpolitischen Ausschusses, bei der Regierung zwecks Erweiterung der Fürsorgesätze vorstellig zu werden, so daß ein Lebensminimum garantiert sei, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Ministerialrat Dr. Kaufmann berichtete über die Maßnahmen, die von der Regierung unternommen wurden, um der drohenden Kältekatastrophe zu begegnen. Auf keinen Fall dürfe die Versorgung der Bevölkerung mit Kohle und Elektrizität vollständig unterbrochen werden, und man habe deshalb der Industrie in Stuttgart verboten, Kohle und Gas zu verbrauchen. Es wurde alles getan, um die durch die Kälte ausgefallenen Lokomotiven schnellstens wieder instand zu setzen und so die Heranbringung der Kohle zu beschleunigen.

Bittgottesdienste in den Ruhr-Groß-Städten

Essen, 10. Febr. (dena-DPD) In allen Kirchen der Ruhr-Groß-Städte, Duisburg, Mühl-

heim und Oberhausen wurde in Bittgottesdiensten am 9. Februar um Hilfe in der gegenwärtigen großen Not gebetet. In einer gemeinsamen Erklärung der Arbeitsgemeinschaften aller Kirchen wurde im Rahmen dieser Bittgottesdienste eine Erklärung verlesen, die darauf hinweist, daß in den Städten des Ruhrgebietes ungezählte Menschen ohne genügende Ernährung, Kleidung, Heizung und Wohnung, vielfach krank und hoffnungslos nur noch vegetieren können.

Mit dem Anruf „Laßt uns nicht versinken“, wendet sich die Kanzlerklärung an die Militärregierung, die für ausreichende Lebensbedingungen und ein gesundes, politisches, wirtschaftliches, rechtliches und kulturelles Leben sorgen möge.

Eвакуierungsbeschlü aufgehoben

Düsseldorf, 10. Febr. (dena-DPD) Die Aktion „Transplant“, die ursprünglich eine Evakuierung von 22 500 Personen aus dem Sauer- und Siegerland zur Wohnraumbeschaffung für belgische Besatzungstruppen vorsah, ist aufgehoben worden.

Zur Ernährung im Saargebiet

Paris, 10. Febr. (dena) Der französische Ministerrat nahm am 8. d. Mts. einen Bericht des französischen Außenministeriums über die Ernährungslage im Saargebiet entgegen, die günstige psychologische Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Anschluß des Saargebietes an Frankreich schaffen soll.



Die neuen Grenzzeichnungen in Südosteuropa (Globe-Kartendienst)

Deutsche Reparationen als unbefriedigend bezeichnet

Brüssel, 10. Febr. (ap) Die Durchführung des Programms der deutschen Reparationen an die vom Kriege verwüsteten Länder Europas ist bisher unbefriedigend gewesen, gemäß einem Bericht von Migel Sutton, dem General-Sekretär der interalliierten Reparations-Agentur.

Besonders wurde die Schwierigkeit erwähnt, die die interalliierte Reparations-Agentur (IARA) während des 1. Jahres bei der alliierten Militärregierung in Deutschland hinsichtlich der Erlangung der Freigabe von entsprechenden Mengen industrieller Groß-Ausrüstung stieß.

Zu keiner Einigung gelangt

New York, 10. Febr. (dena-INS) Der Sonderausschuß des Sicherheitsrates, der sich mit der Ausarbeitung einer Verfahrensordnung für den Sicherheitsrat in der Frage der Abrüstung befaßt, brach am 6. Febr. seine Sitzung ab, ohne zu einer Einigung gelangen zu können.

Der sowjetische Delegierte Andrej Gromyko weigerte sich, irgend eine Fassung anzunehmen, worin festgelegt ist, daß die Abrüstungskommission sich nicht mit der Atombombe befassen soll. Im Gegensatz dazu bestand der amerikanische Vertreter Warren Austin und sein Stellvertreter Hershel Johnson darauf, daß die Abrüstungskommission sich nur mit „gebräuchlichen Waffen“ beschäftigen und die Bestimmungen über die Atombombe der Atomenergiekommission überlassen solle.

Handelsabkommen Frankreich und Sowjetunion

Berlin, 10. Febr. (dena) Zwischen der sowjetischen Militäradministration für Deutschland und der französischen Regierung wurde ein Handelsabkommen geschlossen. Im Rahmen dieses Abkommens liefert Frankreich, wie ADN ergänzend hierzu meldet, algerische Phosphate nach der sowjetischen Zone und erhält dafür 7000 t Saatkartoffeln.

Neuer Kurs der Sowjetzone?

Von Hans Stieber

Deutsche politische Kreise Berlins debattieren einen angeblichen russischen „Deutschlandplan“ für die Moskauer Märzkonferenz, der Deutschland als demokratischen Bundesstaat wirtschaftlicher Einheit anerkennen soll mit deutscher Regierung eines Zweikammerparlamentes von der Hauptstadt Berlin aus, nach Marschall Sokolowski Vorschlag in 12 Länder unterteilt, 7 davon im russischen Gebiet liegend. Den Abzug aller alliierten Truppen bis auf eine Restkontrolle in Berlin, die bis 1955 bleibt, soll er bis 1. Juni 1949 garantieren und folgende Termine vorschreiben: 1947 Reduzierung der Besatzungstruppen auf 20, dann auf 12 Divisionen, Januar 1948 Wahlen für die zwei deutschen Parlamentskammern, Februar 1948 Bildung der neuen deutschen Bundesregierung in Berlin und Übergabe aller alliierten Gewalten an sie, März 1948 Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages. Als Gegenleistung fordere Rußland 50 000 deutsche Facharbeiter, 25 Prozent der laufenden Industrieerzeugung Gesamtdeutschlands (also auch der Westzonen), 15 Prozent aller Werkzeugmaschinen jenseits der jetzigen russischen Besatzungszone.

Als erste Bestätigung gilt die Verhandlung des Chefs der russischen Wirtschaftsabteilung, K. J. Kowal, mit dem amerikanischen Beauftragten General Draper, nach der Rußland die gesamte deutsche Produktionskapazität von 50 v. H. auf 75 v. H. des Standes von 1938, die Stahlkapazität auf 12 Mill. to zu erhöhen wünscht. Rußland fordere dafür 10 Milliarden Dollar in deutschen Textilien, Schuhen, Werkzeugmaschinen, Lastwagen, Loks usw. aus laufender Produktion, für die Rußland allen Rohstoff, ausgenommen Stahl und Eisen, liefere.

Darauf erfolgte Marschall Sokolowski's bekannte Stop-Erklärung für sämtliche Demonstrationen in der russischen Zone bis auf 7 Kohlengruben, deren Kraft- und Pumpenanlagen (das Herz jeder Grube) jedoch in Deutschland belassen würden, ebenso 200 bereits zur Demontage vorgesehene deutsche Großwerke, von denen 126 in „Sowjetgesellschaften“ verwandelt, 74 den Landesregierungen als deutsches Eigentum zurückgegeben würden. Neben Zellwolle, Schuhen, Kleidung werde die gesamte Kalidingerzeugung freigestellt, ebenso Eisenbahnwagen, da der Engleis-Betrieb nicht länger tragbar sei und wieder zweigleisig umgebaut werden sollte.

Bisher verringerten sich jedoch weder die russischen Reparationsaufträge an deutsche Firmen noch die Rußlandverpflichtungen deutscher Facharbeiter, von denen im Januar 1947 wieder 800 in Marienberg (Sachsen) zur Abreise gesammelt wurden. Auch für 1947 soll die Ostzone Deutschlands die Hälfte ihrer Kartoffelerzeugung, 80 v. H. ihrer Zuckermenge, die Hälfte ihrer Fleisch-, ein Viertel ihrer Fettproduktion an Rußland abführen. Ebenfalls blieben die Sperren jeder „Ausfuhr“ von Lebensmitteln nach Berlin aus der russischen Besatzungszone, die Verweigerung des Bauernverfügungsrechts über alle das Ablieferungsoll übersteigende Mengen, die Bauernbestrafungen wegen nicht erfüllter Ablieferungsquote, die besonders die Neustädler treffen.

Die Angriffe der SED besonders auf das westliche Zweizonenabkommen halten unverändert an. Die „notwendige staatliche Einheit Deutschlands“ wird hier sogar so begründet, daß „allein dadurch die epochenmachenden Umwälzungen der Ostzone auf ganz Deutschland ausgedehnt werden können, um den Imperialismus und Militarismus endgültig zu vernichten“. Obwohl über ein russisches Angebot an die SPD berichtet wird, sei unter der Bedingung in der Ostzone zuzulassen, daß hier ehemalige SED-Leute ihre Führung übernehmen, duften z. B. in Sachsen acht im Oktober aus deutschen Wahlen hervorgegangene Bürgermeister jetzt im Januar ihr Amt ansetzen, weil ihre frühere SPD-Mitgliedschaft bekannt geworden war.

Bisher gilt jeden Abzug russischer Besatzungstruppen der Einzug neuer Formationen wieder aus, so in Weimar und Schwerin, wo nach Abzug der Fußtruppen Marine- und Luftwaffenverbände einrückten. Ein Teil der Besatzung von Halle zog lediglich in ein Feldlager vor die Stadt, und in die Leuna-Werke, Siebel-Flugzeugwerke, Anhaltischen Kohlegruben, Halleschen Bäckereimaschinenwerken, Dessauer Waggonfabrik u. a. m. wurden ganz als demonstrierende Formationen als Zivilarbeiter eingestellt.

Die Berliner SED stellt nun in einem Propagandafeldzug „laufende russische Reparationsforderungen“ auch aus den deutschen Westzonen als einzigen Weg zu Deutschlands Wiedergesundung hin, da Deutschland ohne Export nicht leben könne, die Westmächte aber niemals ausreichend von Deutschland importieren könnten und wollten, ja eine exportfähige deutsche Wirtschaft „über kurz oder lang abermals als Konkurrenz ausschalten würden“. Gegenständig dazu seien Deutschlands und Rußlands Wirtschaften Ergänzungen, deren Güteraustausch lebenswichtig für beide sei. Die wichtigsten Faktoren deutschen Wiederaufbaus: Exportmöglichkeit von in Deutschland auf deutschen Anlagen gefertigten Waren, Sicherung von Arbeit und Existenz der deutschen Arbeiter und Unternehmer, Bereitstellung der hierzu nötigen Rohstoffe würde somit allein durch die sowjetischen Forderungen garantiert.

Dagegenüber erklären britische Kreise Berlins, daß die im Potsdamer Abkommen nicht vorgesehene russische Reparationspraxis, wie sie in der Ostzone seit langem durchgeführt werde, in den Westzonen alle britisch-amerikanischen Wiederaufbaupläne stören würde.

Württemberg-Badens Jahres-Budget für 1946/47

Stuttgart, 10. Febr. (Eig. Bericht). Das Finanzministerium für Württemberg-Baden beziffert das Budget für das Land im Rechnungsjahr 1946/47 mit Steuern und Ausgaben auf 1 300 000 000 RM. Bis Ende März 1947 wird das Steueraufkommen für Württemberg-Baden schätzungsweise 713 Millionen und für Baden 665 Millionen, insgesamt also 1 278 000 000 RM erreichen.

Verfahren gegen Eltern Eva Brauns
München, 10. Febr. (dena) Die Spruchkammer Traunstein hat die Ermittlungen gegen die Eltern von Eva Braun aufgenommen und wird in etwa vier Wochen gegen sie verhandeln.

Und weiter „Maier contra Maier“

Stellungnahmen, Erklärungen, aber noch immer keine Klärung — Der Untersuchungsausschuß arbeitet

Simpfendorfer verteidigt sich

Stuttgart, 10. Febr. (dena) „Franz Karl Maier behauptet, in sein Amt eingesetzt, Er wird sofort wieder in sein Amt eingesetzt. Er wird sofort wieder in sein Amt eingesetzt.“ Er führt das Entnazifizierungsgesetz ab absurdum und macht aus dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ein Gesetz zur Befreiung von politischen Gegnern“, erklärte der württembergisch-badische Kultusminister Wilhelm Simpfordörfer am 8. d. M. in einer Versammlung der CDU.

Die Männer, die Franz Karl Maier angreife, hätten einst Schuler an Schuler mit Politikern der damaligen Linken gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Heute verleumdete man die Führer der Demokratie und der CDU und versuche dadurch, die Koalition mit der SPD zu sprengen.

„Keine Macht in Deutschland konnte Hitler hindern und hätte ihn auch nicht an dem zu hindern vermocht, was aus ihm gedachte und was ausgeführt hat“, erklärte Simpfordörfer. Als Vertreter des Christlichsozialen Volksdienstes habe er damals in unzähligen Versammlungen in ganz Deutschland in scharfem Kampf gegen den Nationalsozialismus gestanden.

Simpfordörfer kam sodann auf die Gründe zu sprechen, die ihn zum Zusammenstoß mit dem Entnazifizierungsgesetz veranlaßt hätten. Er habe stets die Auffassung vertreten, daß die Nationalsozialistische Partei nur durch ihre Heranziehung zur Mitverantwortung der Deutschen für den Krieg zu kommen könne. Den Wahlkampf zum 5. März 1933 habe seine Partei mit der Forderung geführt, daß Hitler nun zu zeigen habe, ob er seine Versprechungen einlösen könne, und daß ihm jetzt die Verantwortung zufalle. Die Wähler seiner Partei hätten verlangt, Hitler müsse auf die Probe gestellt werden. Er sei damals von der Berechnung, daß er seine Aufgabe auf den Wähler in kurzer Zeit am Ende sei und zusammenbrechen müsse. Es sei heute sehr billig, diese Abrechnungstheorie als falsch zu bezeichnen.

Simpfordörfer wandte sich dann den anderen Angeklagten zu und sagte: „Franz Karl Maier behauptet, ich sei Hospitant der nationalsozialistischen Reichstagsaktion gewesen und sei sogar ein weiteres Mitglied der Reichstagsabgeordneten gleich. Ich weiß nicht, auf welche Zeitungsnachricht oder Bemerkung er sich beruft, stelle aber fest, daß seine Behauptung, die ich in der Zeitung nicht habe, nicht den Tatsachen entspricht. Auch eine nationalsozialistische Pressemeldung oder sonst eine Angabe kann nichts ändern, auch nicht eine etwaige faktische Verwertung der Reichstagsabgeordneten. Ich hätte mehrere Anträge auf Eintritt in die Partei gestellt, ich erkläre das als eine lächerliche Verleumdung.“

„Eines steht heute schon fest“, betonte der Kultusminister abschließend, „die CDU wird aus diesem Kampf gestärkt hervorgehen. Es geht nicht um Personen, es geht um die Rettung unseres armen geschlagenen Volkes. Ihm bis zum letzten Atemzug zu dienen, soll und kann uns auch Franz Karl Maier nicht hindern.“

Anschließend sprach der württembergisch-badische Justizminister Dr. Josef Beyerle und bezeichnete die Angeklagten als auch in juristischem Sinne in keiner Weise haltbar. Die im Ermächtigungsgesetz enthaltene Vollmacht sei nicht Adolf Hitler allein, sondern auch der damaligen Reichsregierung, die aus vier nationalsozialistischen und sechs nicht-nationalsozialistischen Kabinettsmitgliedern bestanden habe, gegeben worden. Die Reichsregierung, die am 9. d. M. Wahl am 5. März 1933 die absolute Mehrheit erhalten.

Vorgehen von Minister Kamm gebilligt
Stuttgart, 10. Febr. (dena) Vertreter aller vier politischen Parteien und des Gewerkschaftsbundes billigten einstimmig das Vorgehen von Minister Kamm auf der Sitzung des politischen Beirats des württembergisch-badischen Befreiungsministeriums am 7. Febr., auf der Minister Kamm Stellung zu dem Fall Reinhold Maier und der von ihm angeordneten Entpflichtung des ehemaligen öffentlichen Klägers Franz Karl Maier nahm.

Resolution des überparteilichen Ausschusses
Stuttgart, 10. Febr. (dena) Es geht heute um die Frage: „Gleiches Recht für alle oder nicht?“ erklärte der bisherige öffentliche Kläger der Spruchkammer Stuttgart, Lizenzträger Franz Karl Maier, in einer öffentlichen Kundgebung des überparteilichen Ausschusses am 9. d. Mts. in Stuttgart. Auf die Behauptung, daß er im Auftrage einer Partei handeln würde, erklärte Maier, daß dies nicht der Fall sei.

Im Anschluß an die Rede von Franz Karl Maier wurde eine Resolution verlesen, in der die vom überparteilichen Ausschuss einberufene öffentliche Versammlung der Staatsregierung und dem Landtag folgende Forderungen und Erklärungen unterbreite:

1. Der Befreiungsminister Gottlob Kamm tritt von seinem Amt sofort zurück, wenn sich die moralischen Bestimmungen des Befreiungsgesetzes hinwegsetzen und weil er nach seinen eigenen Worten der Öffentlichkeit Korruptionsfälle im Bereich seines Ministeriums vorstellig verwahrt.

2. Die Spruchkammerverfahren gegen Dr. Reinhold Maier und Wilhelm Simpfordörfer werden ohne weitere Verzögerung festgesetzt, die Aufhebung der Spruchkammer durch Regierung und Landtag hat fortan zu unterbleiben. Der bereits tagende Landtagsausschuß hat nicht das Recht, sich in

die Entnazifizierungsverfahren Maier und Simpfordörfer einzumischen.

3. Der öffentliche Kläger, Franz Karl Maier, wird sofort wieder in sein Amt eingesetzt. Er wird sofort wieder in sein Amt eingesetzt. Er wird sofort wieder in sein Amt eingesetzt.

4. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so wird der überparteiliche Ausschuss von demjenigen Mitglied Gebrauch machen, die ihm nach der Verfassung des Landes Württemberg-Baden insbesondere nach Artikel 58 dieser Verfassung zur Verfügung stehen.

Kundgebung für Franz Karl Maier

Stuttgart, 10. Febr. (ap) Am Sonntag fand in Stuttgart eine von etwa 1000 Personen besuchte Kundgebung für Franz Karl Maier, den ehemaligen Angeklagten der Spruchkammer in Stuttgart, statt. Die Versammlung nahm eine Entschließung mit folgenden Forderungen an:

1. Franz Karl Maier soll erneut in sein Amt eingesetzt werden, und Gottlob Kamm, der Entnazifizierungsminister, der ihn entließ, soll zurücktreten.

2. Die parlamentarische Untersuchung des Entnazifizierungsverfahrens Maier gegen den Ministerpräsidenten Reinhold Maier und den Kultusminister Wilhelm Simpfordörfer soll niedergeschlagen werden. Ist der von Parteiführern Reinhold Maier und Simpfordörfer in die Wege geleitet wurde.

3. Es soll eine öffentliche Volksabstimmung stattgefunden. Die Auslegung des Parlaments wegen Begründung der Untersuchung und wegen der Wahlen für ein neues Parlament erforderlich sein.

In der Versammlung forderte Franz Karl Maier seine Anhänger auf, sie sollten auf dem Grundsatze bestehen, daß die Gerechtigkeit nach demokratischem Prinzip auf alle ohne Ausnahme und Ansehen der Person Anwendung findet.

Einmütige Erklärung der SPD

Wir bekennen uns, getreu der Tradition der Sozialdemokratie, zur Rechtsgleichheit aller Bürger.

Deshalb fordern wir die sachliche und politische Klärung der Angelegenheit gegen die Ja-Sager zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933. Juristische oder verfassungsrechtliche Hemmungen dürfen dieser Klärung nicht im Wege stehen.

Der Untersuchungsausschuß, den der Landtag längst vor der Erhebung der Angelegenheit gegen Dr. Reinhold Maier und Wilhelm Simpfordörfer einsetzte, kann die Spruchkammer nicht ersetzen. Er hatte und hat lediglich die Aufgabe, die sachliche Klärung der Streitfrage zu erleichtern.

Die Sozialdemokratische Fraktion erwartet von allen Beteiligten, daß sie an einer raschen Erledigung der Angelegenheit mitwirken.

Die SPD-Fraktion fordert in diesem Zusammenhang die Säuberung der Verwaltung von allen nazistischen und militaristischen Aktivitäten ohne Ansehen der Person.

Sie billigt die Maßnahmen des Ministers und begrüßt es, daß der Minister für politische Befreiung, Gottlob Kamm, seit vielen Monaten sich um eine Aenderung der Praxis der Entnazifizierung bemüht hat, die darauf abzielt, die kleinen Mitläufer aus dem Verfahren herauszunehmen, damit endlich die wirklich Schuldigen vor die Spruchkammer kommen.

Die Sozialdemokratische Fraktion benützt diesen Anlaß, um die Bevölkerung zu warnen vor dem Versuch, das Ansehen des Parlaments durch Aktionen unverantwortlicher Einzelpersonen zu untergraben. Die Zersplitterung des politischen Lebens in Deutschland ist eine der Ursachen für den Erfolg des Nationalsozialismus. Heute, wo die Entscheidungen über die Zukunft unseres Volkes in internationalen Verhandlungen vorbereitet werden, bedeutet jede Störung unserer inneren Entwicklung eine Erschwerung unserer Lage.

Auch aus diesen Gründen hält die Sozialdemokratische Fraktion eine rasche Erledigung der Angelegenheit der Ermächtigungsgesetz auf dem Boden der legalen Einrichtungen unseres Landes für unerlässlich.

SPD Württemberg-Baden

Gegen Politik der Verschleierte
Eine Entschließung der SPD Durlach

Die SPD, Bezirksverein Durlach, bittet uns um Veröffentlichung folgender Entschließung: „Die gegen zwei Minister der jetzigen Regierung unseres Landes erhobenen Vorwürfe und die Art, wie erhebliche Kräfte im Landtag und der Regierung selbst versuchen, diese Vorwürfe abzuwehren, drohen jedes Vertrauen auf vernünftige und gerechte Neuordnung unserer politischen Verhältnisse zu zerstören.“

Wir erheben daher Protest gegen die Methoden, mit denen die jetzt erhobene Angelegenheit des öffentlichen Klägers sich nicht genug beilegen konnte zu erklären, er sei parteilich völlig unabhängig, kein billiger also dem Volk sehr wenig vertrauen zu in die Sachlichkeit und Unbestechlichkeit jener Beamten, die einer Partei angehören . . .

Aber alles dies ist ja nur der Vordergrund. Dahinter stehen die ganze, umfangreiche Problematik der Aufklärung und die Bedrohtheit unserer zur Verwirklichung drängenden Demokratie. Dies wird ganz offensichtlich, wenn plötzlich erklärt wird, die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 sei eigentlich keine durch das „Gesetz zur Befreiung von Militarismus und Nationalismus“ betroffene Angelegenheit. Welche Verwirrung der Begriffe! Es kann mit einzigem Recht vermutet werden, daß das Volk in seiner Mehrheit nicht einsehbar, warum die unmittelbare (wenn vielleicht auch widerwillig) Beihilfe zur wenn etwa schon der Beitritt zur SA (der ebenfalls widerwillig gewesen sein könnte) bestrafbar ist. Und es wird auch einem mehrfach zum Verbleib im Amt in der ehrenvollsten Weise aufgeforderten Minister schwerfallen, eine zulangende Antwort zu finden auf die Frage, warum der Unterschied zwischen moralischer und historischer Schuld. Man weiß, daß die Abgeordneten des März-Reichstags von schwerbewaffneten Uniformierten zum Sitzungsraum begleitet wurden. Daß ihnen der Auslandspaß mit deutlicher Drohung abgenommen worden war, ja daß Götter selbst einige aus ihnen hätte wissen lassen, er sei zur äußersten Gewaltanwendung entschlossen, wenn das Ermächtigungsgesetz nicht angenommen würde. Man weiß auch, daß Hitler einen energischen Druck auf die Gewissen ausübte, indem er für den Fall der Ablehnung des offenen Bürgerkriegs verheißt und dergestalt die Anständigkeit und das Verantwortungsbewuß-

Ersing und Dr. Maier vernommen

Stuttgart, 10. Febr. (dena) Mit der Vernehmung des ehemaligen Zentrumsabgeordneten Josef Ersing setzte am Montag der Untersuchungsausschuß des württembergisch-badischen Landtages, der eine Darstellung der politischen Lage zur Zeit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes verfassung soll, seine Arbeit fort.

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier deutete zu Beginn seiner Rede auf die unbekanntem Angriffe der Nazis gegen seine Person hin und fuhr dann fort: „Nicht die Frage der Hitler zu übergebenden Vollmachten stand zur Debatte. Er hatte die Macht und konnte somit tun und lassen, was er wollte.“

Mit dieser Notverordnung waren die Grundrechte des Parlaments aufgehoben. Die Frage am 23. März war, ob überhaupt ein Parlament weiter bestehen sollte, da ja der Reichstag zerniert war. Dazu kam die Tatsache, daß auf jeden möglichen oppositionellen Abgeordneten 10 schwerbewaffnete SA- und SS-Männer kamen. Wir waren gewährt, den Reichstag zu behaupten nicht, aber, ihn auflösen zu lassen. Jeder hoffte, daß doch noch ein Ereignis eintrete, das die Lage grundlegend bessern würde.“

Auf das Ermächtigungsgesetz eingehend, fuhr Reinhold Maier fort: „Ich bestreite jede kausale Verbindung des Ermächtigungsgesetzes mit dem späteren Lauf der Dinge. Von den 90 000 Stimmen, die wurden am 2. März 1933 nur noch 30 000 Stimmen abgegeben. Ich sah nur noch eine Verpflichtung der Wähler gegenüber, hatte aber keine Berechtigung, diese Leute sinnlos weiteren Angriffen der Nazis auszuliefern. Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz hat keinen Veranlaß, in die Partei einzutreten.“

Maier und Simpfordörfer sind im Augenblick faktisch angeklagt. Es geht nicht an, daß die beiden Minister sich hinter formalen Reservaten verstecken und weiter antworten, als ob nichts geschehen sei. Um der Gerechtigkeit willen fordern wir, daß, wie bisher jeder kleine Mitläufer, auch ein Minister sein Amt solange zur Verfügung stellt, bis ein ordnungsgemäß durchgeführtes Verfahren zum Freispruch oder Verurteilung geführt hat.

Wir bitten die Landtagsfraktion der SPD, auf einer sauberen Klärung der im Fall Maier-Simpfordörfer aufgeworfenen Fragen zu bestehen und darüber zu wachen, daß diese Dinge nicht aus faktischen oder Zweckmäßigkeitsgründen verschleierte oder abgewürgt werden. SPD, Bezirksverein Durlach.

Kamm lehnt Rücktritt ab

Stuttgart, 11. Febr. (dena) Einer bei Redaktionsschluss eingehenden Meldung der dena über ein Interview ihres Vertreters mit Minister Kamm, das wir in der nächsten Ausgabe ausführlich veröffentlichen, entnehmen wir, daß der Minister auf die Frage nach der Richtigkeit seiner Erklärung im Zusammenhang mit dem Vorgehen von Franz Karl Maier erklärte: „Das Gericht ist selbstverständlich falsch. Ich denke nicht daran, wegen derartiger unsachlicher Angriffe zurückzutreten. Richtig ist vielmehr, daß ich bereits am 31. Dezember v. J. mein Rücktritt angeboten habe, aber aus ganz anderen Gründen. Das Kabinett hat dem Rücktrittsangebot bisher nicht stattgegeben.“

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 10. Febr. (dena)

Versen Hubert 12. 9. Wagner Emil 12. 9. 15. Wagner Erich 24. 3. 15. Wagner Ernst 10. 8. 09. Wagner Erwin 12. 6. 25. Wagner Felix 16. 8. 09. Zankl Josef 28. 13. 08. Zanzinger Karl 26. 7. 06. Zanner Wilhelm 28. 3. 15. Zapf Friedrich 7. 12. Zapf Robert 8. 5. 33. Arnold Helmut 24. 8. 27. Arnold Jan 13. 6. 14. nold Georg 27. 2. 20. Arnold Johann 3. 10. 67. Arnold Johannes 19. 8. 04. Barth Georg 12. 3. 08. Barth Hans 28. 6. 18. Barth Herbert 1. 7. 09. Barth Johann 1. 04. Denk Otto 7. 1928. Denkert Hermann 15. 4. 11.

Arbeitsgemeinschaft CDU-CSU

Die Vertreter der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union aus allen Zonen Deutschlands, versammelten sich am 5. und 6. Februar in Königstein (Taunus) zu einer Tagung, bei der eine Arbeitsgemeinschaft konstruiert wurde.

Einstimmig wurde die Wahl des folgenden Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft beschlossen: Dr. Konrad Adenauer, Köln; Dr. Friedrich Holzappel, Herford; Prof. Dr. Hugo Hickmann, Dresden; Jakob Kaiser, Berlin; Dr. Erich Köhler, Wiesbaden; Ernst Lemmer, Berlin; Dr. Josef Müller, München; Ulrich Steiner, Laupheim (Württemberg). Zur außenpolitischen Lage wurde mit allen Stimmen folgende Erklärung beschlossen:

Außenpolitik
Die Arbeitsgemeinschaft der Christlich Demokratischen und Sozialen Union Deutschlands begrüßt es, daß die Mächte den Übergang von der Waffenruhe zu einem Friedenszustand vorbereiten. Sie bekennen sich zur Unteilbarkeit des Friedens, und sie hoffen auf die Schaffung einer durch die Weltordnung, in der ein freies und friedliches Zusammenleben aller Völker erstrebenswert ist.

Die Union wird alle Kräfte für eine echte Demokratisierung Deutschlands einsetzen als Grundlage der endgültigen Abkehr von militaristischen und nationalistischen Grundgedanken. Von dem Inhalt der kommenden Friedensregelung wird in hohem Maße der Erfolg der notwendigen Erneuerung des deutschen Volkes abhängen.

Arbeitsgemeinschaft CDU-CSU

Die Arbeitsgemeinschaft der Christlich Demokratischen und Sozialen Union Deutschlands begrüßt es, daß die Mächte den Übergang von der Waffenruhe zu einem Friedenszustand vorbereiten. Sie bekennen sich zur Unteilbarkeit des Friedens, und sie hoffen auf die Schaffung einer durch die Weltordnung, in der ein freies und friedliches Zusammenleben aller Völker erstrebenswert ist.

Die Union wird alle Kräfte für eine echte Demokratisierung Deutschlands einsetzen als Grundlage der endgültigen Abkehr von militaristischen und nationalistischen Grundgedanken. Von dem Inhalt der kommenden Friedensregelung wird in hohem Maße der Erfolg der notwendigen Erneuerung des deutschen Volkes abhängen.

Gerade in diesem Zusammenhang weisen wir auf das Problem der deutschen Grenzen hin, das mit den Millionen von Millionen Deutschen so unheilvoll verbunden ist.

Wir nehmen die Pflicht zur Wiedergutmachung an, aber das deutsche Volk braucht eine gesicherte wirtschaftliche Grundlage, eine ausreichende industrielle Betätigungsmöglichkeit, eine Selbstversorgung und seinen Export, der ihm die Bezahlung der notwendigen Einfuhren ermöglicht.

Bei der Veränderung geschichtlich gewordener Selbstbestimmungsrechte der Völker gewissenhaft beachtet werden, wenn die Spannungen unter den Völkern endgültig beseitigt werden sollen.

Im selbstverständlichen Bestreben, ein organisch gegliedertes Deutschland zu schaffen, lehnen wir jede separatistische Tendenz ab.

Wir appellieren an die Weisheit der Siegermächte, durch eine weitschauende Politik das Leben und die Freiheit des deutschen Volkes und den Frieden unseres Erdteiles inmitten der neuen Gemeinschaft der Völker der Welt zu sichern.

Zur künftigen Verfassung Deutschlands brachten die Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft übereinstimmend zum Ausdruck, daß sobald wie möglich die Einheit Deutschlands wieder hergestellt werden muß, und daß hierzu eine gesamtdeutsche Verfassung notwendig ist. Zu diesem Zweck wurde ein Verfassungsausschuß eingesetzt und mit der Ausarbeitung der Grundlagen einer deutschen Verfassung beauftragt.

Außerdem nahm die Arbeitsgemeinschaft Stellung zu den Fragen der Entlassung der Kriegsgefangenen und zur Entnazifizierung.

Die Zusammenfassung sämtlicher Organisationen in dieser Arbeitsgemeinschaft wird der politischen Arbeit einen fruchtbareren Boden für die Zukunft des deutschen Volkes eröffnen und sichern.

Diskussionen über unser Wahlsystem

Stuttgart, 10. Febr. (Eig. Bericht) Prof. James Pollock, der politische Berater General Clays, äußerte sich über die Möglichkeit des Experimentierens mit Wahlsystemen in Deutschland. Es sei einer der Vorteile des föderalistischen Systems, auf der Grundlage kleiner Eigenstaatlichkeit, politische Experimente machen und so zur Verbesserung des allgemeinen Wahlsystems beitragen zu können. In den 3 süddeutschen Ländern hätten die Wahlen ziemlich genau die politische Meinung der Bevölkerung ausgedrückt. In Württemberg-Baden sei ein System gewählt worden, nach dem die einzelnen Kandidaten in den Landkreisen persönlich aufgestellt wurden. Den drei süddeutschen Ländern sei Gelegenheit gegeben worden, die Wahl so durchzuführen, wie sie es für richtig hielten.

Die Willensbildung in den Parteien müsse von unten nach oben und nicht umgekehrt erfolgen, wie ja die Demokratie auch in den USA von unten herauf wachse. Die Kreise und die Landesorganisationen müßten maßgebend an der Zusammenfassung der Wählerlisten beteiligt werden.

Nichtigstellung. Bei der Erwidrerung des Wirtschaftsantes auf die Zuschrift des Herrn Bernhard Schmidt, Daxlanden, wurde bei der Korrektur eine Zeile verstoßen, und dadurch sind die Zahlen der verschiedenen Gruppen falsch wiedergegeben. Es muß heißen: „Die Gruppe A (ein und zwei Personen) hat bis jetzt in den 3 Äußerungen zusammen 12 Ztr., die Gruppe B (3 bis 5 Personen) 15 Ztr. und die Gruppe C (von 6 Personen aufwärts) 19 Ztr. Brennholz zugewiesen bekommen.“

sein der anderen mißbrauchte, um seine eigene Unanständigkeit und Verantwortunglosigkeit zum Triumph zu führen. Man weiß auch, daß es schwere Auseinandersetzungen in einigen Parteilaktionen vor der Abstimmung gegeben hatte, und daß zahlreiche Abgeordnete nur durch den Hinweis auf die inhaltlich in der Tat sehr weitgehende und beruhigende (im Wirklichkeit aber ein eingehaltene) Regierungserklärung und auf den drohenden Bürgerkrieg überredet werden konnten, dem Gesetzesvorschlag zuzustimmen. Einen Niederschlag dieser Auseinandersetzungen bilden die mannigfachen einschränkenden Erklärungen, die im Anschluß an die Abstimmung oder bei anderen Gelegenheiten abgegeben wurden. Man wird also den Befürwortern des Ermächtigungsgesetzes guten Glauben und ehrliche Absicht nicht rundweg und von vornherein absprechen können. Man wird ihnen demnach auch nicht ohne weiteres eine moralische Schuld zu diktiert dürfen.

Aber sie werden sich auch ebensowenig vom Vorwurf befreien können, daß ihre Zustimmung die Herrschaft des Nationalsozialismus befestigt ihre Ausdehnung bis zum schrankenlosen Terror eingeleitet, viele Zweifler im Lande zur Partei geführt und manche benutzten Gewissen beruhigt hat. Man darf nicht vergessen, daß das Ermächtigungsgesetz die (gleichfalls auf formaldemokratisch richtige Weise durchgeführte) Machtergreifung in der feierlichsten Form und vor aller Öffentlichkeit als zu Recht bestehend bestätigt hat. Das Ermächtigungsgesetz war die offizielle Anerkennung Hitlers als der rechtmäßigen Obrigkeit, und alles Folgende resultiert daraus. Die Befürworter des Ermächtigungsgesetzes sind also in eine ungeheure historische Schuld hineingeraten.

Diese historische Schuld allein steht vor der Spruchkammer; das ist eben Grundlage, aber auch Grenze und Unglück des Denazifizierungsprozesses, daß nicht die moralische, sondern die historische Schuld abgeurteilt werden soll, daß aber beide Schuldarten sich im Bewußtsein aller Beteiligten, insbesondere der Betroffenen, vielfach überkreuzen und verflechten, und daß das Ausland beide verwechselt und daher das Gewissen der Angeklagten gar nicht erreicht mit

